

Wenn Leute auf dem Land hungern

Maya Graf, die Sissacher Nationalrätin der Grünen, kehrte mit 1000 Eindrücken und Ideen vom Weltsozialforum in Senegal zurück

Armut, Auswanderung, Folgen des Klimawandels, Spekulanten: Bauern in Senegal kämpfen mit vielen Problemen, wie die Baselbieter Nationalrätin zu berichten weiss.

VON JÜRIG GOHL

«Das ist ein Skandal», sagt Maya Graf und schüttelt den Kopf, «Leute, die auf dem Land wohnen und arbeiten, müssen hungern. Die Ernährungsfrage wartet in Senegal dringend auf eine Antwort.» Erstmals hat die Sissacher Nationalrätin der Grünen den Kontinent Afrika bereist, erstmals nahm sie dort aktiv am Weltsozialforum teil, erstmals konnte sie die Bio-Bäuerin an Ort und Stelle mit den Problemen ihres Berufsstandes dort auseinandersetzen, die Maya Graf von daheim teils fremd sind, teils irgendwie bekannt vorkommen, obwohl die «Mini-Problemenchen der Schweiz», wie sie Graf nennt, in keinem Verhältnis stehen zur Not in Senegal.

In der Heimat frisst der Bau von Strassen und Gewerbe-Anlagen der Landwirtschaft das Land weg. In Senegal sind es Politiker und Spekulanten, die den Bauern das rare fruchtbare Land wegnehmen und verkaufen – zum Beispiel an China. In der Schweiz entvölkern sich die Bergdörfer, aus Senegal wandern die jungen Männer in Herden aus. Damit hat das westafrikanische Land ein Nachwuchsproblem, obwohl die Hälfte der Bevölkerung unter 25 Jahre alt ist.

DAS WELTZOZIALFORUM versteht sich als eine Art Gegen-WEF für die Zivilbevölkerung, wurde bisher meist in Brasilien abgehalten und hat sich hauptsächlich sozialen Anliegen zugewandt. In Dakar war die Themenpalette breiter, das Motto aber erinnert an das alte Weltsozialforum: «Eine andere Welt ist möglich.» Die Schweiz war mit einer 55-köpfigen Delegation vertreten.

Beeindruckt war Maya Graf von vielem: vom Angebot mit über 1200 Vorträgen, Diskussionsrunden, Ateliers und Aktivitäten, von traditionellen Marsch mit rund 50 000 Teilnehmenden aus total 134 verschiedenen Nationen zum

Auftakt des sechstägigen Anlasses, von den vielfältigen kulturellen Anlässen, von der guten Organisation, von der friedvollen Stimmung, von den zahllosen Eindrücken. Immerhin ging in Dakar ein sechstägiger Anlass mit rund 75 000 Gästen aus der ganzen Welt über die Bühne. Es klappte, auch für westeuropäische Ansprüche, alles, sieht man von einer durch die Regierung möglicherweise bewusst provozierten Panne einmal ab.

Ob sie als Bäuerin, als Parlamentarierin oder als Mitglied der Grünen nach Dakar gereist ist, vermag sie nicht zu sagen. «Von allem ein bisschen, angemeldet habe ich mich als Privatperson», sagt sie, «ich fühlte mich in Dakar als wissbegierige Schülerin, nicht als Missionarin. Nie zuvor habe ich in zehn Tagen so viel gelernt wie am Weltsozialforum.» Ihre Reise trat sie auch mit dem festen Vorsatz an, in Dakar zu lernen, wie die Schweiz afrikanischen Ländern helfen könne, Armut und Hunger zu überwinden. Und sie erhielt dort die erhofften Antworten.

WENN SICH MORGEN der Nationalrat mit der Entwicklungshilfe befasst, so wird sie sich zum Beispiel an einen Satz des Präsidenten einer westafrikanischen Bauernorganisation erinnern:

«Lasst uns arbeiten und wir werden die Afrika ernähren.» Ihr Fazit ist klar: Der Kontinent benötigt Unterstützung in die ländliche Entwicklung, Hilfe zur Selbsthilfe, aber nicht Ratschläge, wie er seine Probleme zu lösen hat.

Maya Graf traut dies dem Kontinent durchaus zu, falls die Regierungen es realisieren, dass sie in die Landwirtschaft investieren müssen. Gemeinschaftskassen und Gemeinschaftsfelder für karge Zeiten werden durch genossenschaftliche Einrichtungen erfolgreich bewirtschaftet.

Sie erkannte auch, dass die Männer fleissige Arbeiter, die Frauen sogar sehr fleissige Arbeiterinnen sind, und musste verschiedene Bilder in ihrem Kopf zu Afrika revidieren. «Ich spürte in Senegal eine wahnsinnige Aufbruchstimmung», sagt sie, «Afrika wird – nicht nur für mich – der Kontinent der Zukunft sein.»

«Ich fühlte mich in Dakar als wissbegierige Schülerin, nicht als Missionarin.»

MAYA GRAF, Nationalrätin



Bio-Bäuerinnen: Miriam Sow, Direktorin einer afrikanischen Bio-Landwirtschaftsorganisation, und die Baselbieter Nationalrätin Maya Graf.

Entwicklungshilfe wird wohl erhöht

Morgen Montag ist es so weit. Dann wird der Nationalrat über eine deutliche Erhöhung der Entwicklungshilfe beschliessen. Und die Chancen dürften nicht schlecht stehen. Nach dem Ständerat stimmte auch die Nationalratskommission zu. Neben SP und Grünen sind auch CVP und BDP für eine **Erhöhung der Entwicklungshilfe von 0,35 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE)**. Dagegen sind SVP und FDP. Allerdings stimmt eine grosse Minderheit der Freisinnigen wohl trotzdem zu.

Die Vorlage basiert auf Aufträgen des Parlaments und Versprechen, die der Bundesrat im Rahmen der Millenniumsziele der UNO abgegeben hatte. Im Nationalrat stand sie lange auf wackligen Beinen; neben der SVP ging auch die FDP mehrheitlich auf Distanz zu den früheren Beschlüssen.

Im Dezember setzten sich in der Debatte über das Budget 2011 aber die Befürworter der Aufstockung durch, und die Nationalratskommission hat diesen Kurs im Januar bestätigt: Mit 15 zu 10 Stimmen hiess sie die zusätzlichen Mittel für die Entwicklungshilfe der Deza und die wirtschaftliche Aufbauhilfe des Seco gut. Der **laufende Rahmenkredit soll demnach für die Jahre 2011 und 2012 um insgesamt 640 Millionen Franken erhöht** werden.

Um das Ziel von 0,5 Prozent des BNE zu erreichen, werden in den Folgejahren weitere Erhöhungen nötig sein. Darüber werden Bundesrat und Parlament aber erst später mit dem Rahmenkredit für die Jahre 2013 bis 2016 entscheiden. (DB)

Beeindruckt von den Einwohnern des Tschad

Nationalrätin Leutenegger konnte sich davon überzeugen, dass Schweizer Entwicklungsgelder gut angelegt sind, doch von den Erdöleinnahmen hat die Bevölkerung nichts

«Das Eindrücklichste war die eklatante Armut – gerade in den Regionen, die dank der Erdölgewinnung eigentlich reich sein müssten.» Susanne Leutenegger Oberholzer wurde dieses Paradox kürzlich vor Ort vor Augen geführt: Der Tschad ist eines der ärmsten Länder der Welt trotz Rohstoffen wie Öl, Gold und Uran. Die Ölförderung hat mithilfe von Weltbankkrediten 2003 eingesetzt. Davon profitieren ausländische Firmen wie Esso, die chinesischen Investoren und die einheimische Oligarchie, aber nicht die ländliche Bevölkerung.

«DAS DARF NICHT SEIN», sagt Leutenegger. Die Baselbieter SP-Nationalrätin kämpfte auch im Parlament dafür, dass multinationale Konzerne ihre Geldströme transparent machen müssen. Deshalb auch hatte sie beschlossen, die Reise mitzumachen, die unter dem Motto «Wege aus der Ressourcenfalle» stand.

«Reiseführer» war das Schweizer Hilfswerk Swissaid. Es wollte einerseits zeigen, wie sich die Erdölgewinnung – verarbeitet wird das Öl im Ausland – für die betroffene Bevölkerung in den Dörfern auswirkt und welche wichtige Rolle die Zivilgesellschaft spielt. Andererseits erhielten die teilnehmenden Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier Einblick in landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte, die von Swissaid unterstützt werden. Zudem standen viele Treffen mit Vertretern der Weltbank, der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), der EU, der Regierung und von Nichtregierungsorganisationen auf dem Programm. Letztere werden von Swissaid unterstützt



Die Ratsmitglieder Susanne Leutenegger Oberholzer (vorne) und Carlo Sommaruga (SP, GE) sowie Caroline Morel von Swissaid mit lokalen Mitarbeitern des Hilfswerks.

und Leutenegger befindet sie für sehr kompetent und wichtig, unter anderem für die Demokratisierung und die gerechtere Verteilung der Einnahmen aus den Bodenschätzen des Landes.

«Wir haben auch an Versammlungen ganzer Dörfer in den Ölförderregionen im Süden des Landes teilgenommen», erzählt Leutenegger. Von den Bewohnern, die frei

über Missstände geredet hatten, zeigt sie sich schwer beeindruckt. Sie machten klar, dass sich ihre Lebenssituation mit der Erdölförderung verschlechtert hat. Negativ ausgewirkt hat sich vorab, dass sich die Weltbank mit ihren strengen Auflagen zurückgezogen hat. Leutenegger: «Die Versorgung mit Nahrung ist schlecht, Ackerland wurde von den Ölfirmen aufgekauft, es gibt kaum Arbeit, keine ausreichende Gesundheitsversorgung und zu wenig Schulen.» Und die Umwelt sei verschmutzt.

«Das haben wir bei jeder Versammlung zu hören bekommen.» Sie habe zwar davon gewusst. Aber es zu sehen und von den Betroffenen in aller Deutlichkeit gesagt zu bekommen, «das war sehr deprimierend». Auf der anderen Seite wisse man, dass die Regierung Geld in Waffen investiert hat, und aus für die Regionalentwicklung vorgesehenen Ölgeldern «unsinnige Projekte» wie ein Fussballstadion gebaut wurden, wo die Kinder nicht einmal Fussbälle haben. «Die Lage der Kinder im Tschad hat mich total schockiert», sagt Leutenegger. Und dass es in den Förderregionen von Esso eingeschlossene Dörfer mit nächtlichen Ausgangssperren gibt.

Was kann getan werden? Swissaid und die Deza müssen die Zivilgesellschaft

und lokale Strukturen weiter unterstützen. Sie kämpfen darum, dass die Regionen einen gerechten Anteil aus den Ölfördererinnahmen erhalten, sagt Leutenegger und wird sich daher in Bern für eine Erhöhung des Budgets für Entwicklungshilfe einsetzen (siehe Box). Tschad ist eine der Schwerpunktnationen der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Die Nationalrätin ist überzeugt, dass die Gelder dort richtig eingesetzt werden.

IM AFRIKANISCHEN STAAT müsse zudem für gerechte Preise für Rohstoffe gesorgt werden. Das Geld aus den Ressourcen müsse im Land bleiben und richtig verteilt werden. Die Korruption gelte es zu bekämpfen. Dafür muss sich auch die Schweiz einsetzen.

Laut Leutenegger gibt es auch Positives zu melden: «Der Frieden mit dem Sudan ist wichtig. Die Demokratisierung macht Fortschritte.» Im Februar wurde das Parlament gewählt, im April finden Präsidentenwahlen und im Sommer Gemeindewahlen statt. «Die Leute werden sich wehren», ist die Nationalrätin überzeugt. «Die Leute wissen, was sie wollen, und sie sind stark – vor allem auch die Frauen.»

ANDREA MAŠEK